

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922**

15.9.1922 (No. 215)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonr.
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 M. — Einzelnummer 4 M. — Anzeigengebühr: 6 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreder Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwingender Beitragsrückzahlung und Konturückführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Einreise von Ausländern.

Mit Rücksicht auf die aus der Überflutung des Landes durch Ausländer sich ergebenden Mißstände hat das Ministerium des Innern die zuständige Reichsstelle ersucht, Anordnung dahin zu treffen, daß die Deutsche Botschaft in Karlsruhe 1. jedem Sichtvermerk den stempelartigen Aufdruck „persönliche Meldung binnen 24 Stunden bei der zuständigen Polizeibehörde des Aufenthaltsorts erforderlich“ beifügt, 2. bei Erteilung von Sichtvermerken dem Reisenden ein Merkblatt über die badiischen Aufenthaltbestimmungen ausshändigt, 3. bei offenbar unrichtiger Antragsbegründung auf Sichtvermerke bei den badiischen Behörden kurzerhand Erfindigungen einzieht.

Diesem Ersuchen des Ministeriums ist entsprochen worden; die Deutsche Botschaft in Karlsruhe hat entsprechende Befehle erhalten.

Die neue Rede des Reichskanzlers.

Die Rede, die gestern der Reichskanzler Dr. Wirth auf der Vollversammlung des deutschen Industrie- und Handelstages gehalten hat, zählt zu den besten, die man bisher aus seinem Munde vernommen hat. Das will umso mehr besagen, als Dr. Wirth, der über eine glänzende rhetorische Begabung verfügt, bisher eigentlich immer Reden von zündender Kraft und innerer Bedeutung gehalten hat.

Diese neueste Rede wendet sich sowohl an das Ausland, wie an das deutsche Volk. Noch einmal wird unseren früheren Gegnern mit allem Nachdruck vor Augen geführt, wie verberblich und wie katastrophal ihre bisherige Politik gewesen ist. Und deshalb ist es notwendig, daß diese Politik grundsätzlich revidiert wird. Eine solche Revision kann sich der Reichskanzler nicht denken, ohne daß alle die Staaten, die den Friedensvertrag geschlossen haben, noch mal zusammen treten, um die bisherigen Bestimmungen des Friedensvertrages zu prüfen und sie so zu ändern, daß ein wirklich brauchbarer Friede zustande kommt.

Ganz verhängnisvoll ist die Politik der Termine und Sanktionen. Diese Politik hat der Kanzler mit Recht „die Politik der Bivisektion Europas“ genannt. Wenn es aber auf deutscher Seite eine Politik gibt, die unsere früheren Gegner von der Nutzlosigkeit und Gefährlichkeit ihrer bisherigen Methode überzeugen kann, so ist es die Politik ruhiger Verständigung, die bisher die Reichsregierung zumal unter der Führung Dr. Wirths, betrieben hat. Und wenn wir gerecht sein wollen, müssen wir anerkennen, daß diese Politik der Verständigung und der Erfüllung im Rahmen des Möglichen uns wenigstens ein paar kleine Schritte vorwärts gebracht hat.

Der Weg dieser deutschen Politik aber ist für unser Volk gekennzeichnet durch harte Arbeit. Von dieser Arbeit darf sich niemand ausschließen, wenn das Vaterland wirklich gerettet werden soll. Und deshalb hat der Reichskanzler mit guten und trefflichen Worten für den Gedanken der Einigkeit des ganzen Volkes geworben. Die Reichsregierung verfolgt ein ganz klar erkanntes Ziel. Im Augenblick wird die Etappe, die zu diesem Ziel führt, charakterisiert durch das Wort: Erst Brot für das deutsche Volk, und dann Reparationen! Und wir dürfen der Reichsregierung das Zeugnis nicht versagen, daß sie alles tut, um die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen, und daß sie ebenso sehr ihre ganze Kraft anbietet, um die von außen drohenden Gefahren von uns abzuwenden und die außenpolitischen Probleme im Sinne ruhiger Verständigung lösen zu helfen. Nur wenige Volksgenossen haben einen richtigen Begriff davon, wie unsagbar schwer diese Aufgabe ist, die auf den Schultern der Reichsregierung lastet. Immer wieder kommen neue Krisen, Krisen außenpolitischer Natur u. Krisen der inneren Finanzwirtschaft. Angesichts einer solchen Situation immer aufrecht zu bleiben und immer von neuem den Kampf um die nackte Existenz unseres Volkes fortzusetzen, ist wahrlich eine Arbeit, die sicher späteren Geschlechtern einmal im Lichte eines gewissen Heroismus erscheinen wird.

Aber es ist selbstverständlich, daß die Reichsregierung und insbesondere der Reichskanzler auf die Mitarbeit aller Schichten unseres Volkes angewiesen ist. Und so hat er auch gestern in breiten Worten um diese Mitarbeit gebeten. Er selbst ist seinerseits zur Verständigung mit den Ländern, Gemeinden und großen Körperschaften bereit. Und was speziell Handel und Industrie betrifft, so konnte er mit voller Berechtigung darauf hinweisen, daß er sich von den Führern dieser Erwerbszweige stets habe beraten lassen. Dieser Rat verpflichtet Handel und Industrie aber auch zur Mithilfe in den großen entscheidenden Stunden unseres Volkes. Und wenn der Reichskanzler in diesem Zusammenhang auch davon gesprochen hat, daß diese Kreise mit der Verantwortung zu tragen hätten, so unterstreicht das wohl von neuem den bekannten Wunsch des Reichskanzlers nach einer Verbreiterung der Koalition nach rechts, nach einer Miteinbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition. Die Verträge für den Wiederaufbau Nordfrankreichs hat der Kanzler übrigens gestern ausdrücklich gebilligt.

Aufrichtig und ernst hat der Reichskanzler gestern alle Teile unseres Volkes zur Besonnenheit gemahnt und sie gebeten, bei allen ihren Schritten die tatsächliche Lage, wie sie nun einmal ist, zu berücksichtigen. Das Bestreben, die Schwierigkeiten dieser Lage zu überwinden, darf auch in der inneren Politik niemals begleitet sein von ultimativen Drohungen. Erweitert sich das Programm der Reichsregierung als nicht richtig, so wird es Sache des Parlaments sein, eine andere Regierung an die Spitze zu stellen.

Die Einheit des Vaterlandes, um die der Kanzler sich gestern in so anerkennenswerter Weise bemüht hat, gilt ihm das als letzte und kostbarste Gut einer großen ruhmreichen Vergangenheit, einer Bergangenheit, die niemand schmähern wolle. Dieses kostbare Gut hinüberzureiten in eine neue politische Entwicklung, das ist eine der wichtigsten vaterländischen Aufgaben. An ihr mitzuarbeiten, ist unserer Meinung nach Pflicht eines Jeden, der sich Deutscher nennt!

Dr. Wirth über Innen- und Außenpolitik.

Der klare Weg der Regierung — Wahrung der Besonnenheit — Die Aufgabe der Volksvertreter — Kampf gegen den Hunger — Führung der Außenpolitik — Bivisektion Europas — Für Einsicht und Einigung — Die Wiederaufrichtung Deutschlands.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag trat am Donnerstag im großen Sitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses in Berlin zu einer außerordentlichen Vollversammlung zusammen, die der Präsident Franz v. Mendelssohn mit einer Ansprache eröffnete. Unter den Gästen war neben Vertretern der Industrie- und Handelskreise und der staatlichen Behörden auch

Reichskanzler Dr. Wirth

erschienen, der nach der Ansprache des Präsidenten zu folgenden Ausführungen das Wort nahm:

Der heutige Tag, an dem die belgische Note vorliegt, ist nicht geeignet, zu den ganzen Fragen der europäischen Wirtschaft und der Reparation Stellung zu nehmen, ehe nicht im Schoße der Regierung Entscheidungen gefallen sind. Ich darf aber vorwegnehmen, daß der Gedanke, die Abfolge der Ereignisse der letzten Zeit immer wieder mit Krisengeräuschen zu verbinden, die falsche Methode der Politik darstellt. Unser schweres Schicksal und das schwierige Reparationsproblem können wahrhaft nicht der Lösung nähergebracht werden, wenn wir bei jedem ersten Vorkommnis innerlich in eine nervöse Unruhe geraten.

Mit politischen Krisen lösen wir in Deutschland weder ein innen- noch ein außenpolitisches Problem. Die Regierung hat zu führen, und sie geht einen bestimmten, klaren, eindeutigen Weg. Erweist dieser sich als ungangbar und die Methode als falsch, dann ist es die Aufgabe, die Regierung an die Spitze zu setzen, die einen anderen klaren und bestimmten Weg zu gehen weiß.

Es ist besonders schwer, wenn man ein Volk zur Besonnenheit mahnen muß. Ich bin aber gern hierhergekommen, um gerade vor Vertretern aller deutschen Gauen und Stände ein aufrichtiges Wort zur Besonnenheit zu sprechen. Ihr Präsident hatte recht, seine Mahnung zur Besonnenheit an das ganze deutsche Volk zu richten. Wo sollten wir aber hinkommen, wenn es uns Schwierigkeiten macht, in deutschen Landen selbst uns über Dinge zu verständigen, die gerade nicht im Vordergrund stehen? Die Regierung hat sich stets bemüht, in den Verhandlungen mit den Ländern und Gemeinden am Verhandlungstisch einen gütlichen Ausgleich zu finden. Sie wissen, was ich damit andeute. Hat jemand angenommen, daß das große Werk von Weimar ohne Schwierigkeiten gelingen könnte? Beratungen solcher Art dürfen aber nicht von ultimativen Drohungen begleitet sein. Die inneren deutschen Schwierigkeiten müssen überwunden werden mit dem großen Ziele, die Einheit unseres Vaterlandes aufrechtzuerhalten (Lebhafter Beifall). Dieser Einheit haben wir unsere Aufmerksamkeit stets zugewandt, um sie als letztes Gut einer großen ruhmreichen Vergangenheit hochzuhalten. Ich bin an ein Wort erinnert worden, in dem ich kürzlich unser Ziel und unsere Leistungen darin zusammenfassend, daß wir die Verpflichtung hätten, unser Volk mit Brot zu versorgen, mit Kleidung und Beheizung, und dieses ist gerade auch die hohe Aufgabe von Gewerbe und Industrie.

Erst Brot und dann Reparationen!

(Beifall.) Dieses Wort hat Verständnis gefunden dort, wo die wirtschaftlichen Erwägungen endlich den Sieg davon getragen haben über den Haß und die Berühmtheit der Kriegsjahre. Wenn ich diese Worte aber nach außen richte, dann sind sie wirkungslos, wenn im deutschen Volke nicht politische Kräfte vorhanden sind, um sich zu sammeln und sich zu vereinen zu der politischen Tat, mit der wir den Gefahren des Winters begegnen müssen.

Man hat gegen mich den Vorwurf erhoben, ich hätte in der letzten Zeit nur mit den Vertretern eines Standes verhandelt. Ich bin gern zu Ihnen gekommen und darf daran erinnern, daß ich mit Vertretern von Handel und Industrie jederzeit Aussprache gepflogen habe, um auch ihren Rat zu hören. Damit erledigt sich das Ammenmärchen, als ob von mir nur ein Stand, ich meine hier die Arbeiterschaft, in Zeiten dringender Not und Gefahr gehört worden sei. Das gleiche gilt auch von

der Landwirtschaft. Man muß aber auch, wenn man als politischer Berater einer Regierung gelten will, alles aufbieten, um in großen, entscheidungsvollen Stunden die Verantwortung mitzutragen. Die freundige Bereitwilligkeit dazu ist letzten Endes die Aufgabe der Volksvertreter. Wenn man aber im Laufe einer fast zweijährigen Kanzlerschaft wiederholt bei Vertretern von Industrie und Handel angefragt hat, ob sie bereit seien, eine verantwortungsvolle Stelle zu übernehmen, und wenn man dabei wiederholt verschlossene Türen gefunden hat — dann verstehen Sie meinen Appell, vor einem verantwortungsvollen Amte nicht zurückzufreden, auch wenn dies für einzelne Persönlichkeiten gilt. Diese Bereitwilligkeit wird im kommenden Herbst und Winter eine Hauptaufgabe sein. Und dann darf es auch nicht einer einzelnen Gruppe des deutschen Volkes obliegen, den Krieg gegen den Hunger zu organisieren. Im Verein mit der verfassungsmäßigen Regierung muß dazu das gesamte deutsche Volk bereit sein, um der drohenden Gefahr zu begegnen. Diese Aufgabe ist von ähnlicher Bedeutung wie das Werk von Weimar. Dort haben wir ein Kompromißwerk geschaffen zwischen einer revolutionär gesinnten Arbeiterschaft und einem freiheitlichen, demokratischen Bürgertum. Dies war der unerhörte Ausdruck des Willens zum Leben für das deutsche Volk. Was dort gelungen ist, sollte das eine Unmöglichkeit sein angesichts der Gefahren des Winters, die eine Zusammenfassung aller deutschen Stände und produktiven Kräfte zum Kampf gegen den Hunger in deutschen Landen heißt? Was wir in Weimar geschaffen haben, die Verständigungspolitik zwischen Proletariat und Bürger, war ein wahres Werk des Wiederaufbaus, ein Zeichen der Abwehr gegen Osten, ein Zeichen der Lebenskraft des deutschen Volkes nach Westen hin.

In seinen weiteren Ausführungen betonte der Kanzler, daß die selbstverständliche Voraussetzung für jeden Fortschritt des deutschen Volkes eine glückliche Führung der Außenpolitik sei, die wiederum von der wirtschaftlichen Einsicht unserer Gegner abhängt. Es sei gelungen, die großen Reibeschwaben, die über Europa lagerten, durch die Sonne der Einsicht zu zerstreuen und zahlreiche Kongresse der internationalen Finanz- und Wirtschaftswelt hätten diese Vorbereitung der wirtschaftlichen Erkenntnis gefördert. Der Tag der Erkenntnis sei herangedämmert, aber er, der Kanzler, leugne auch nicht, daß damit eine Gefahr verbunden sei: die Möglichkeit, daß diese Erkenntnis sich in politische Tat erst dann umsetze, wenn die Völker innerlich zusammengebrochen seien und Europa eine Ruine sei. Das Wort „zu spät“ steht über manchem Kapitel der Kriegsgeschichte und es bestehe die Gefahr, daß auch über der Geschichte Europas ein „zu spät“ hat sich die ökonomische Erkenntnis in politische Tat umgesetzt“ steht. Europas Hilfe allein könne heute nicht mehr genügen. Die Lage sei nur zu meistern, wenn alle sich zusammenschänden, um den bisherigen Frieden zu prüfen und in Paragraphen zusammenzufassen, die erst einem wirklichen Frieden gleichkämen. (Lebhafter Beifall.) Dieser Frieden sei heute noch nicht da.

In Europa herrscht die Politik der Termine, der Termine vom 15. August und 15. September und im Hintergrunde der Schachwechsel stellen sich schon wieder die Geister der kommenden Termine ein. Diese Politik der Termine sei die Politik der Bivisektion Europas. Wenn Verträge geschlossen würden, um die Wunden Nordfrankreichs zu heilen und dort den Wiederaufbau zu fördern, so sei dieses Bestreben durchaus in der Richtung der deutschen Politik gelegen, die die Regierung bisher gegangen sei.

Zum Schluß glaubte der Reichskanzler Dr. Wirth, den Sinn dieser Ausführungen in folgenden eindeutigen Sätzen festhalten zu sollen: „Die ökonomisch mögliche Erfüllung muß das Ergebnis sachlicher Einsicht und Einigung sein. Demgemäß war und ist es unsere Politik, den Gläubigern gegenüber das ganze Problem der Leistungen in eine Atmosphäre der Einsicht und Einigung zu steuern. Wir wollen die Welt von den Terminkrisen befreien, die zu jedem Zahlungsstermin und bei jeder Verhandlung über die Zahlungen einzusetzen pflegte. Hierzu ist es erforderlich, daß die internationale Mentalität nicht

Worten um diese Mitarbeit gebeten. Er selbst ist seinerseits zur Verständigung mit den Ländern, Gemeinden und großen Körperschaften bereit. Und was speziell Handel und Industrie betrifft, so konnte er mit voller Berechtigung darauf hinweisen, daß er sich von den Führern dieser Erwerbszweige stets habe beraten lassen. Dieser Rat verpflichtet Handel und Industrie aber auch zur Mithilfe in den großen entscheidenden Stunden unseres Volkes. Und wenn der Reichskanzler in diesem Zusammenhang auch davon gesprochen hat, daß diese Kreise mit der Verantwortung zu tragen hätten, so unterstreicht das wohl von neuem den bekannten Wunsch des Reichskanzlers nach einer Verbreiterung der Koalition nach rechts, nach einer Miteinbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Koalition. Die Verträge für den Wiederaufbau Nordfrankreichs hat der Kanzler übrigens gestern ausdrücklich gebilligt.

Aufrichtig und ernst hat der Reichskanzler gestern alle Teile unseres Volkes zur Besonnenheit gemahnt und sie gebeten, bei allen ihren Schritten die tatsächliche Lage, wie sie nun einmal ist, zu berücksichtigen. Das Bestreben, die Schwierigkeiten dieser Lage zu überwinden, darf auch in der inneren Politik niemals begleitet sein von ultimativen Drohungen. Erweitert sich das Programm der Reichsregierung als nicht richtig, so wird es Sache des Parlaments sein, eine andere Regierung an die Spitze zu stellen.

Die Einheit des Vaterlandes, um die der Kanzler sich gestern in so anerkennenswerter Weise bemüht hat, gilt ihm das als letzte und kostbarste Gut einer großen ruhmreichen Vergangenheit, einer Bergangenheit, die niemand schmähern wolle. Dieses kostbare Gut hinüberzureiten in eine neue politische Entwicklung, das ist eine der wichtigsten vaterländischen Aufgaben. An ihr mitzuarbeiten, ist unserer Meinung nach Pflicht eines Jeden, der sich Deutscher nennt!

Die Einheit des Vaterlandes, um die der Kanzler sich gestern in so anerkennenswerter Weise bemüht hat, gilt ihm das als letzte und kostbarste Gut einer großen ruhmreichen Vergangenheit, einer Bergangenheit, die niemand schmähern wolle. Dieses kostbare Gut hinüberzureiten in eine neue politische Entwicklung, das ist eine der wichtigsten vaterländischen Aufgaben. An ihr mitzuarbeiten, ist unserer Meinung nach Pflicht eines Jeden, der sich Deutscher nennt!

jedemal Krisen und Ultimatumzustände befürchten muß, wenn die deutsche Regierung Forderungen widerspricht, die uns von dem Ziel entfernen, unsere Leistungen mit unseren Fähigkeiten zu vereinbaren, und die Verbeugung des erstrebten wirklichen Friedens verzögern. Wir glauben, daß wir auf diesem Wege zu einer ruhigeren Verhandlungsmentalität einen kleinen Schritt weiter gekommen sind und wir werden mit Geduld und ruhiger und fester Hand das Steuer noch weiterhin in dieser Richtung führen."

Er sage mit Absicht „das Steuer“, meinte der Kanzler, denn der Weg sei bekannt und das Ziel sei unser gemeinsames Ziel, die Wiederaufrichtung Deutschlands für eine kommende Generation. Dieser Weg sei nicht Schlemmerei, nicht Vergeudung des Nationalvermögens, sondern harte Arbeit und harte Mehrarbeit aller Schichten des Volkes. (Lebhafte Beifall.) Die politischen Parteien aber müßten dessen einig sein, daß eine Partei Selbstzweck sei. Im Kampfe um die Erhaltung des deutschen Volkes hätten auch die Parteien ihren eigenen Bestand in die Waagschale zu werfen. Das gilt besonders von den bürgerlichen Parteien der Mitte. Im Kurse des Weges könnten sie sich streiten, aber im Reiche müßten sie ein Gemeinsames sein, das ganze deutsche Volk solle es sein, wenn es gilt, Einheit und Zukunft unseres Volkes zu retten, um im Laufe der Jahre wieder eine Periode deutscher Wohlfahrt herbeizuführen.

## Handelsminister Siering über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Oberschlesiens.

Wie gemeldet, wurde am Sonntag der Oberschlesische Hilfsbund vom Reichspräsidenten in Gegenwart verschiedener Minister und Regierungsvertreter empfangen. Neben dem Reichspräsidenten, dessen Ansprache an die Oberschlesier bereits mitgeteilt wurde, nahm auch der preussische Handelsminister Siering das Wort, um das große Wirtschaftsinteresse zum Ausdruck zu bringen, das die preussische Regierung der ober-schlesischen Frage entgegenbringt. Nach dem Amtlichen Preussischen Pressedienst sagte Minister Siering u. a. folgendes:

„Zu den bisherigen überaus schweren wirtschaftlichen Verlusten in West-, Nord- und Ostdeutschland berührt der Verlust des wirtschaftlich wertvollsten Teiles von Oberschlesien die deutsche Volkswirtschaft besonders hart. Die drückenden Lasten der Reparationsleistungen, die trotz dieser großen Gebietsverluste erfüllt werden sollen, rufen ernste Sorgen hervor ...

In Oberschlesien haben wir Gebiete verloren, die überaus reich an Naturschätzen sind. Das einheitliche Wirtschaftsgebiet ist durch einen Machtanspruch zersplittert. Es kann auch durch ein langfristiges Wirtschaftsabkommen nicht zusammengehalten werden, wenn nicht beide Teile den Zusammenhalt ernstlich wollen. Polen hat anscheinend diesen Willen nicht. Es gilt deshalb, den deutschen Teil Oberschlesiens wirtschaftlich neu zu gestalten und ihn der veränderten Grenze anzupassen.

Schon während der Besatzungszeit durch die interalliierte Kommission hat sich die preussische Staatsregierung mit den Aufgaben beschäftigt, die ihrer in Oberschlesien harrten. Sie hat neben anderen erheblichen Mitteln den Betrag von 250 Millionen Mark für kulturelle und wirtschaftliche Zwecke ausgeworfen, um wenigstens den ersten Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Die preussische Staatsregierung erblickt ihre Ehrenpflicht darin, den berechtigten Wünschen der ober-schlesischen Bevölkerung, soweit es irgend möglich ist, stattzugeben. Für den wirtschaftlichen Aufbau sind jedoch größere Mittel erforderlich, um die Schäden wieder wettzumachen, die Oberschlesien erlitten hat.“

An erster Stelle stehen die Aufgaben, die infolge der Grenz-ziehung erforderlich geworden sind. Die neue Grenze hat in keiner Weise Rücksicht auf die deutsche Abstammung genommen; sie ist aber auch nicht mit dem wirtschaftlichen Leben in Einklang zu bringen. Nicht nur, daß wertvolle industrielle und wirtschaftliche Gebiete von Deutschland abgetrennt wurden, vielmehr ist eine völlige Zerreißung des einheitlichen Wirtschaftsgebietes erfolgt. Mit diesen gegebenen Tatsachen muß unter allen Umständen gerechnet werden, und deshalb konzentriert sich die Fürsorge der preussischen Staatsregierung auf die Wiederherstellung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes in Oberschlesien. Es ist ein unerträglicher Zustand, daß die öffentlichen Verkehrswege zwischen den einzelnen deutschen Orten mehrmals die Grenze durchschneiden und wiederholt polnisches Gebiet berühren. Eine Beseitigung dieses unglück-

lichen Zustandes ist dringend nötig. Es muß mit aller Energie daran gegangen werden, die öffentlichen Verkehrswege für Oberschlesien nach einheitlichen Grundzügen zu gestalten. Zu diesem Zweck werden große Mittel erforderlich sein. Aber die Aufbringung dieser Mittel liegt im allgemeinen deutschen Interesse.

Dazu gehört auch die Förderung der Kleinbahnen. Diese muß sich besonders auf diejenigen Bahnen erstrecken, die unter wirtschaftlich schweren Verhältnissen leiden. Für diesen Zweck ist ein besonderer Hilfsfonds geschaffen. Eine Beteiligung des preussischen Staates mit dem Ausbau des kommunalen Kraftwerkes in Oppeln in Höhe von 50 Millionen Mark halte ich für unbedingt erforderlich und nötig.

Hervorragend an dieser Aufgabe ist die Wasserwerkverorgung des ober-schlesischen Industriegebietes beteiligt. Das Wasserwert in Morgenrot ist polnisch geworden, während das Wasserwerk bei Zawada auf deutschem Gebiet liegt. Die Leistungen die das Industriegebiet versorgen, gehen teils durch deutsches, teils durch polnisches Gebiet. Eine Verlegung der Rohrleitungen, die schätzungsweise ungefähr 150 Millionen Mark kosten wird, ist unerlässlich. Ferner muß die staatliche Wasserwerkverorgung durch Erweiterungs- und Umbauten des bergschlesischen Wasserwerkes bei Zawada vergrößert werden; auch hierfür sind zunächst 50 Millionen Mark veranschlagt.

Für einen gesunden Wiederaufbau ist die Heranbildung des gewerblichen und kaufmännischen Nachwuchses unerlässlich. Hier gilt es große Schäden zu beseitigen. Auf dem Gebiete des Berufs- und Fachschulwesens kommt eine fürsorgliche Unterstützung besonders in den Städten Beuthen, Gleiwitz, Kreuzburg, Oppeln, Ratibor, Reutstadt und Reiche in Frage. Dazu kommt, daß auch die Durchführung der Berufsschulpflicht großzügige Maßnahmen, besonders viele neue Schulgebäude erfordern. Dazu gehören ferner Maßnahmen auf dem Gebiete der Gewerbeförderung durch verstärkte Abhaltung von Meisterkursen in Stadt und Land und die Errichtung einer Gewerbeförderungsstelle und der Ausbau des Genossenschaftswesens, verbriefte Aufwendungen für Ausstellungen handwerklicher Erzeugnisse, insbesondere für Lehrlings- und Gesellenarbeiten.

Nicht an letzter Stelle steht auch die große Aufgabe auf dem Gebiete des Siedlungswesens und der Erschließung neuer Steinkohlenfelder. Die Reparationslieferungen an Kohlen haben für Deutschland eine knappe Kohlenbedeckung geschaffen. Die wertvollsten Steinkohlengruben und viele bedeutende industrielle Werke liegen jetzt auf polnischem Gebiet. Der preussische Staat, der im deutsch verbleibenden Teile Oberschlesiens 34 Prozent der ober-schlesischen Kohle fördert wenn die Delbrück-Schächte bei Deutschland verbleiben — diese Frage ist noch strittig —, hat die Pflicht, soweit es in seiner Macht steht, eine Verrechnung der Kohlenförderung herbeizuführen und zwar schon am deswillen, weil dem preussischen Staat durch das Gesetz betreffend Aufschußung und Gewinnung von Steinkohlen vom 22. Mai d. J. sämtliche voraussichtlich steinkohlenführenden und noch nicht vertriebenen Bergwerksfelder gehören. Um recht bald mit den Untersuchungsarbeiten in den bergmännisch noch unerschlossenen Gebieten beginnen zu können, ist die staatliche Bohrverwaltung in Schönebed von mir beauftragt alle verfügbaren Bohrapparate für diese Bohrarbeiten in Oberschlesien bereitzustellen.

In erster Linie sollen die bestehenden fiskalischen Schachtanlagen im Laufe der nächsten Jahre so erweitert und ausgebaut werden, daß die Jahresförderung um 1 Million Tonnen vermehrt wird. Sie beträgt jetzt und 24 Millionen Tonnen. Diese Erweiterungsarbeiten allein genügen nicht, sondern es wird der Bau einer neuen Doppelschachtanlage mit einer Jahresförderung von mindestens 1 Million Tonnen erforderlich sein. Diese Doppelschachtanlage soll mit allen modernen Einrichtungen, sowie mit Kohlerei und Nebenproduktengewinnung versehen sein. Dazu gehören auch 2000 bis 2500 Arbeiterwohnungen. Allein für die Erweiterungen der bestehenden Schachtanlagen sind ferner noch 1200 Arbeiterwohnungen erforderlich.

Mein kürzlicher Besuch in Oberschlesien hat mir gezeigt, wie unendlich dürftig zurzeit viele Flüchtlinge aus dem jetzt polnischen Gebiet in deutschen Werken untergebracht sind. Die industriellen Werke haben alles mögliche getan, um den Flüchtlingen zunächst ein Unterkommen zu gewähren. Der Bau neuer Wohnungen ist eine zwingende Notwendigkeit, damit diesen armen Menschen eine menschenwürdige Unterkunft gewährt werden kann. Schnelle Hilfe ist dringend erforderlich. Ohne Rücksicht auf die Steigerung der Transportkosten müssen diese Arbeiter durchgeführt werden, wobei allerdings Miesensummen in Frage kommen.

## Rund um den Lauterberg.

Die Ausstellung — Lebte Straßen — Schaufenster Wettbewerbs — Der Kritiker — Heimweg.

Vom Lauterberg steigen wir heute hernieder in die Stadt. Die Straßen sehen wir mehr als sonst erfüllt mit Menschen, die sich, besonders in den Hauptverkehrsstraßen an den Schaufenstern zusammen drängen. Einen, den wir um den Grund fragen, sagt: „Dees isch unsere Schaufensterchau!“

Und schon zieht mein Bekannter ein weinrotes Programm der Karlsruher Herbstwoche heraus, um diesen Anspruch des Speichers amtlich beglaubigt zu sehen: „Vom 10. bis 17. September 1922 Schaufenster-Wettbewerb. Veranstalter: Ortsgruppe Karlsruhe der Landeszentrale des Badischen Einzelhandels und des Verkehrsvereins Karlsruhe.“

Heute interessiert uns nur Karlsruhe. Gleich ist es uns, daß die Ebene von Affin-Karabissar mit einem Male weltbekannt ward, daß Smyrna brennt, daß die Schlemmer in Dielen, Bars, Sabarets und Konzertcafes für ihre Prassen strenger zur Vergnügungssteuer herangezogen werden. An einer Telegrammsäule bleiben wir stehen. Die „Karlsruher Zeitung“ meldet die belgische Politik der Unvermutlich belgische Forderung einer Zahlung von 100 Millionen Gold an die belgische Nationalbank, ein Telegramm spricht von den Folgen der motorlosen Abflieger, ein zweites daneben meldet aus England den Bau von eisengepanzerten Miesenkampflugzeugen, die 1250 Kilogramm schwere Torpedos durch die Luft tragen. ... nein, wir wollen von all dem Welttheater nichts wissen. Weiter, in die Straßen, über Plätze, durch Anlagen nach dem Stadtzentrum.

Die Kaiserstraße ist die am meisten wettummorbene. Schaufenster an Schaufenster drängt sich ein schaulustiges Publikum — ein Publikum das sich interessiert, das sich langweilt. Menschen, die gedankenlos schlendern, andere die wagen, urteilen, kritisieren. Eine leise Enttäuschung konnten wir, bei unserer Wanderung von Fenster zu Fenster, nicht unterdrücken. Es fehlt meist die künstlerisch ästhetische Linie in den Schaufensterauslagen, selbst bei Firmen, die das nötige „Material“ dazu „im Laden“ hätten. Darum verzichten wir auch, alle die

viele Fensterauslagen nach Inhalt, Wert und Namen anzuführen. Einzelne der beachtenswerteren seien nur hervorzuheben.

Vielen Firmen ist der Schaufensterwettbewerb nichts anderes, als eine Gelegenheit, das Schaufenster wieder einmal neu aus- und einzuräumen, oder die Auslagen umzugruppieren. Aber an jener Überlegung kommen wir auch nicht vorbei, daß viele Geschäfte das Beste wesentlich nicht ausstellen wollten, allein schon, um besser dem Ausverkauf durch die waltstarken Ausländer Steuern zu können.

Gleich an der Ecke Marktplatz, Kaiserstraße überrascht als gute Neklame ein Schaufenster der Firma S. Mehle (Zigaretten-Import). Ein roter Vorhang bedeckt in ruhiger Fläche das ganze Schaufenster, nur einen tiefen blauen Prospekt offen lassend, der das Auge auf goldene Veltren auf schwarzem Hintergrund geleitet, um schließlich für „Waldorf Astoria Zigaretten“ zu werden. In diesem Falle erfüllt doch jede Schaufenster seinen Zweck vollständig und vermeidet jedes lächerliche Neklame. Doch müssen solche kunstfertigen Draperien in der Auswahl vorsichtig angewandt werden.

Die Schaufenster der Firma Knopf befeizigen sich neuzeitlich expressionistischer Aufmachung, können aber keine Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Dargebotenen erreichen. Die Modelle stehen für sich im Raum, die Verbundenheit, die verbindende Linie mit dem farbigen grotesk gemalten Hintergrund wird vermisst. Ein wenig besser trifft es damit das Warenhaus Tich, das auch den Wert der farbigen Harmonie mehr betont hat. So darf als wohl gelungen die Auslage mit den grauen Winterhüten bezeichnet werden. In der Form gut gewählt ist der Aufschnitt im befeizbaren Hintergrund.

Bevor wir die Kaiserstraße weiter hinaufgehen, wollen wir noch einige Geschäfte östlich des Marktplatzes erwähnen. Mit bestem Willen aber weniger geschickt, stellt z. B. Frau M. Eisenhardt aus. Damenkonfektion. In einem bloßen Simpel und Nebeneinandergruppieren wird kein großer künstlerischer Effekt erzielt. Besser ist folches bei dem nebenan liegenden Geschäft der Firma Louis Wolf gelöst. Auch Mees & Löwe (Herrenkonfektion) fällt das Fenster noch zu sehr. Am besten stellt Poländer aus. Er beschränkt sich auf eine ägyptische Base, um die farbige Seidenstoffe und

Der ober-schlesische Steinerbergbau muß mit den Mitteln der modernen Technik erschlossen werden. Der preussische Bergfiskus hat Anspruch auf die Ablieferung der im Reservatfeld Friedrich beim privaten Zinterbergbau anfallenden Bleierze. Hieraus hat die Bergverwaltung jährlich etwa 6500 Tonnen 75prozentige Bleierze zu erwarten. Ferner betreibt der Bergfiskus selbst eine kleine Bleierzgrube, die Friedrichsgrube, in der silberhaltige Bleierze gefördert werden. Diese Grube soll bedeutend erweitert werden, und sind deshalb allein für die Untersuchungsarbeiten 5 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Bei günstigen Ergebnissen soll eine neue fiskalische Bleihütte in Oberschlesien errichtet werden, um die Bleierze an Ort und Stelle zu verhütten, da die modern eingerichtete staatliche Friedrichshütte an Polen abgetreten werden mußte. Mit dem Neubau der Hütte betragen die voraussichtlichen Kosten einschließlich der Arbeiterwohnungen circa 85 Millionen Mark. Die staatlichen Eisenhütten müssen bedeutend erweitert und völlig umgebaut werden. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die Privatindustrie große wirtschaftliche Erweiterungsarbeiten geplant hat. Auch will sich die Privatindustrie in hervorragendem Maße an dem Siedlungswesen beteiligen.

Das von mir vorgeschlagene Wiederaufbauprogramm stellt an die Regierung wie an das ganze Volk überaus große finanzielle Anforderungen — aber trotz alledem muß mit großem Fleiß und erstem Willen ans Werk gegangen werden zum Wohle und Gedeihen unserer deutschen Volkswirtschaft.

Die preussische Staatsregierung hofft zuversichtlich bei der Durchführung ihrer Pläne auch auf die Unterstützung der ober-schlesischen Bevölkerung um so mehr, als alle diese wirtschaftlichen Maßnahmen im völligen Einkommen mit der ober-schlesischen Bevölkerung erfolgen sollen.

## Politische Neuigkeiten. Ministerrat in Rambouillet.

Aber den in Rambouillet abgehaltenen Ministerrat, der von 11 bis 21 Uhr dauerte, ist folgender Bericht bekannt gegeben worden:

Der Ministerpräsident hat den Ministerrat über die auswärtige Lage unterrichtet. Er hat seinen Kollegen von den Verhandlungen Kenntnis gegeben, welche zwischen den belgischen Delegierten und der deutschen Regierung bezüglich der Bezahlung der nächsten Rilligkeiten stattgefunden haben. Er hat ihnen weiter die Richtlinien zur Kenntnis gebracht, die er infolge des Scheiterns dieser Verhandlungen der französischen Delegation in der Reparationskommission gegeben hat. Diese Richtlinien sind einmütig gebilligt worden.

Der Ministerpräsident hat dann seine Kollegen mit den Ereignissen, die sich in Kleinasien abspielen, unterrichtet. Auf seinen Vorschlag hat der Ministerrat einstimmig die Politik festgelegt, die verfolgt werden soll, um die Durchführung eines dauernden Friedens im Orient zu versuchen. Wie die Abendblätter melden, fand heute nachmittags 2 1/2 Uhr ein zweiter Ministerrat statt, der sich mit Fragen der inneren Politik beschäftigte.

## Dubois bei Poincaré.

Wie die Blätter melden, ist heute während des Ministerrates der Präsident der Reparationskommission Louis Dubois im Automobil in Rambouillet angekommen und von Poincaré, der sofort die Sitzung des Ministerrats verließ, empfangen worden. 10 Minuten später sei Dubois wieder nach Paris zurückgekehrt.

## Smyrna ein Flammenmeer.

Ein Junkspruch der italienischen Kriegsschiffe vor Smyrna meldet, daß die Stadt in Brand geraten ist. Der Brand hat einen ungeheuren Umfang angenommen. Die italienische Regierung entsandte sofort aus Neapel Dampfer mit Lebensmitteln und Arzneimiteln dorthin. Ferner eilen alle zur Zeit im Mittelmeer in Fahrt befindlichen, erreichbaren italienischen Dampfer zwecks Aufnahme der italienischen Kolonie nach Smyrna. Nach dem Journal d'Italia legten die Truppen niemals den Brand aus Mitleid an. Der herrschende Südwind jagte das Feuer nach dem Nordviertel der Stadt hinüber, so daß der Brand heute nicht mehr lösbar ist. Die Schiffe im Hafen müssen vom Land abrücken, um nicht in Gefahr zu geraten.

schwere Perfer fliegen. Nicht weil es Perfer, weil es ägyptische Basen und Seidenstoffe sind, sondern weil die Gamilinie eine angenehm gewählte ist.

Wir sind wieder weißlich des Marktplatzes. Geschmacksvoll stellt Salamander (Schuhe) aus. Was hätte Villinger & Kirner aus seinem Messingfenster machen können. Statt mit viel Messing zu wirken, wäre mit dem Messing, dem Material zu wirken, statt vieler Stücke nur eines, vielleicht auf königsblauem Samtgrund — ach, es gäbe so viele Möglichkeiten! Das gleiche gilt für Emil Schmidt und Con. (Beleuchtungsanlagen). Kunsthaus G. L. Otto Müller endlich erreicht eine künstlerische Höhe seiner Auslagegruppierung. Geschlossen und wohlgeordnet hält das Korallenfenster den Vorübergehenden fest, schweren dunklen Ton verleiht das zweite Fenster, ernst und würdig.

Gut gewählt hat F. Ph. Wilhelm (Damenhüte). Die Tönung grau in grau ist einheitlich gehalten und wird auch nicht durch schlechte Gruppierung der Outmodelle gestört. Neben Kunstgewerbehans Müller erreicht jene „Linie“ des Kunstgewerbehans Gerber & Schawinsky. Viele Besucher sammeln sich vor den Auslagen. Eine liebliche Dame in blauem Kleid und weißer Mütze konnte sich kaum von den ausliegenden Schmuckstücken trennen, einzelne wohlbeleibte Bürger freuten sich über die Bilder von schlanken Tänzern. Vielfache Kunstfreudiger beherbergen Schawinsky Kunsthaus. Die Aussteller betreten die Linie, verlassen sie aber im Einzelnen wieder. Einzelne Blätter werden in die Auslage gestreut, sie sind in sich geschlossen, stören aber die Gesamtanordnungen in kleinen Abschwüngen. Mit dem vorhandenen Kunstmaterial kann das Kunsthaus, bei solch herrlicher Fensterfront, eine noch viel mehr gesteigerte Wirkung, insbesondere auch auf Einheitslichkeit, erzielen. Im Wettbewerb sind sie ernstliche Konkurrenten.

Unbedingt erwähnenswert sind Keutlinger & Co., die ein braun poliertes, holländisches Speisezimmer und wertvolle Porzellan ausstellen, Max Sasse (Antiquitäten) stellt nicht un schön aus und versteht, aus dem Material einheitliche Wirkung zu formen. Ebenso gut stilisiert sind die Auslagen von Baer und die des Delikatessengeschäftes Hans Kiesel. Gerade für Geschäfte letzterer Art ist es schwerer, geschlossene

## Die neuen Postgebühren.

Im Reichstagsauschuss für Postangelegenheiten wurden die vom Reichspostministerium vorgelegenen neuen Gebühren beraten.

Abg. Steinkopf (C.) beschwerte sich über die reaktionäre Gesinnung vieler höherer Postbeamten, die ihre antirepublikanische Gesinnung offen zur Schau trügen.

Minister Giesberts führte aus, daß die Zuliehung, da sie maßvoll gehalten war, keinen wesentlichen Einfluß auf den Versandungsverkehr ausgeübt habe; sie sei vom Privatpublikum und von der Geschäftswelt als notwendig und durch die Lebensverhältnisse begründet im allgemeinen ohne Erregung hingenommen worden. Unter dem Einfluß der schnell fortschreitenden Geldentwertung werde das Publikum auch jetzt Verständnis für die Notwendigkeit abermaliger Erhöhungen zeigen. Eine Erhöhung um durchschnittlich 100 Prozent werde für notwendig gehalten und erscheine tragbar.

Abg. Alletto (Z.) äußerte, daß die Erhöhung der Postgebühren allein das Defizit der Post nicht ausgleichen könne, sondern daß im ganzen Postbetriebe eine durchgreifende Vereinfachung vorgenommen werden müsse. Der Postbetrieb müsse von der übermäßig großen Zahl von schweren Paketsendungen, die ihm infolge der hohen Eisenbahnfrachten zustießen, baldig befreit werden. Es erscheine jedoch nicht möglich, den weiten Abstand, in dem sich die Postpaketgebühren von den Eisenbahnfrachten befinden, mit einem Male einzuholen. Es komme daher in Frage, die Paketgebühren in kürzeren als bisher üblichen Zeitabständen zu erhöhen. Deshalb sei eine Erhöhung der Gebühren für diejenigen Pakete, die infolge ihrer Schwere und ihres Umfangs an den Poststationen eingeliefert werden müssen, zum 1. Oktober und 1. November in Aussicht genommen. Bei den Paketen über 10 Kilogramm sei jedenfalls eine stärkere Steigerung wegen der an die Eisenbahn zu zahlenden höheren Frachtgebühren notwendig.

Auf Anfrage teilte der Minister mit, daß die Reichspostverwaltung im Begriff sei, alljährlich 15 bis 16 000 Beamte, auch höhere, in andere Reichsverwaltungen überzuführen. Damit sei die Reichsfinanzverwaltung einverstanden.

In der Abstimmung wurde eine Entschließung des Abg. Dr. Fortmann (Z.) angenommen, der zufolge für den Bezug von Tageszeitungen durch die Post die vierteljährliche Bestellung und Einziehung des Bezugspreises durch monatliche Bestellung und Einziehung des Bezugspreises ersetzt werden soll. Angenommen wurde ferner eine Entschließung des Abg. Gerstenberger (Vahr. Vp.), wonach die Verpackung von Zeitungen für den Postvermerk Sache des Verlegers sein soll. Auf Verlangen des Verlegers jedoch soll die Postverwaltung die Verpackung ausführen, aber zu einem zwischen beiden zu vereinbarenden Betrage, der die Selbstkosten der Post deckt. Ferner wurde eine Entschließung angenommen, die verlangt, daß künftighin bei Beförderung von Beamten der Telegraphenverwaltung in leitenden Stellen nicht mehr in erster Linie das Dienstalter, sondern bei genügender Befähigung, die Eignung maßgebend sein soll. Beamte, die den Anforderungen der neuen Stelle nicht voll genügen, sollen nicht befördert werden.

Die erhöhten Tarife für Postkarten und Briefe wurden so angenommen, wie sie der Reichstag genehmigt hatte. Eine Postkarte im Ortsverkehr kostet also ab 1. Oktober 1.50 Mark, im Fernverkehr 3 Mark; ein Brief kostet im Ortsverkehr bis 20 Gramm 2 Mark, über 20 bis 100 Gramm 4 Mark, über 100 bis 250 Gramm 6 Mark; im Fernverkehr bis 20 Gramm 6 Mark, über 20 bis 100 Gramm 8 Mark, über 100 bis 250 Gramm 10 Mark. Drucksachen kosten bis 20 Gramm 1 Mark, über 20 bis 50 Gramm 1.50 Mark, über 50 bis 100 Gramm 2 Mark, über 100 bis 250 Gramm 3 Mark, über 250 bis 500 Gramm 4 Mark und über 500 bis 1000 Gramm 5 Mark.

Die Fernspreckgebühren wurden gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Volksparteier nach dem Regierungsvorschlag angenommen. Es wird also vom 1. Oktober ab auf alle Fernspreckgebühren ein Steuerzuschlag von 500 Prozent (d. i. 340 Prozent mehr als bisher) erhoben. Angenommen wurde eine Entschließung der Deutschen Volkspartei, die Fernspreckgebühren künftig so festzusetzen, daß die Einrichtungskosten für jede Sprechstelle voll gedeckt, daß die Grundgebühren ermäßigt und die Einzelgesprächssätze entsprechend erhöht werden.

## Die Besatzungspest.

Aus dem besetzten Gebiet erhalten wir wiederum eine Reihe jetzt erst nachträglich bekannt werdender Fälle von Ausschreitungen und Übergriffen der französischen und belgischen Soldateska.

Am 1. Juli haben in der Zeit von 11 bis 12 Uhr abends etwa 12 Soldaten des in St. Geor liegenden französischen 12.

und möglichst einfache Wirkungen zu suchen. Es sei gerade dabei erwähnt, daß eine Fülle von Gebotenem noch lange keine Fülle geschmacklicher Auswirkung auslöst. Natürlich gilt das nicht für das oben erwähnte Delikatessenhaus.

Unser Rundgang durch die Straßen geschah in ehrlichem Willen, das Beste des Wettbewerbes zu schauen. Wir haben kein Anstöß und müssen aber keine Seele kennen. So haben wir auch die sämtlichen Auslagen rein auf diesen Wert geprüft und unser nach dem besten Urteil gerichtet. Viele können nicht unerwähnt bleiben, wie Fried. Bloß, Galerie Roos, Geschnitten Gutmann, Pelzgeschäft Schramble, Zeumer, Rudolf Piefer, Marx Schapfe, Unterwagner, Karl Jod, der Badische Bauhand und wie die vielen alle heißen mögen. Wir müssen den letzten Zweck im Auge behalten, Anregung zu allgemein geschmackvollem Ausstellen wird hier gegeben, meist mit Wenigem zu erreichen.

Aber man fragt sich auch, ob bei diesen derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen, eine solche aufsteigende künstlerische Linie sich nicht kreuzen muß mit der Kurve der allgemeinen wirtschaftlichen Not. Schaufenster-Wettbewerbe in dieser Zeit geben auch manches zu denken — so sehr sie auch neuen Rhythmus in eine Stadt tragen können.

Adolf Himmels.

## Der Hypnose-film in den badischen Lichtspielen.

Es weiß nicht, ob der Hypnose-Film, der dieser Tage in den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus gezeigt und erläutert wird, zu dem Programm der Karlsruher Herbstwoche gehört. Auf jeden Fall ist er eine der nicht gerade zahlreichen Veranstaltungen, die dieser Woche wirklich den Hauber der Aktualität und des Besonderen sichern. Und so kann man es begreifen, daß gestern das Konzerthaus bis auf den letzten Platz gefüllt war, um diesen Film-Vortrag entgegenzunehmen.

Wie schon im Sommer bei der Vorführung des Einstein-Films, so hat sich auch diesmal Herr Dr. Kalbus durch seine klaren und anschaulichen, allgemein verständlichen und doch vom Geiste echter Wissenschaftlichkeit getragenen Erläuterungen den Dank und die Anerkennung nicht nur des zahlreich erschienenen Publikums, sondern aller davor erworben, die mit ihm

Genie-Regiments in der benachbarten Ortschaft Diebenheim ohne jegliche Veranlassung acht Einwohner des Dorfes angefallen, geschlagen und mißhandelt. Einer der Geschlagenen war so schwer verletzt, daß er längere Zeit ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Am 10. Juli wurde der 67 Jahre alte Landwirt K. B. aus Weisau auf seinem Hof von einem französischen Soldaten schwer mißhandelt. Der Soldat hatte das Dach des Anwesens des K. B. in mutwilliger Weise beschädigt und fiel, als B. erklarte, er würde den Vorfall der vorgelegten französischen Behörde anzeigen, über den alten Mann her, schlug ihn mit einem Stock nieder und richtete den Weislosen durch die Beize dar, daß B. eine klaffende Wunde im Gesicht davontrug.

In der Nacht vom 16. zum 17. Juli wurde der Hilfswächter K. St. aus Godesberg auf seinem Dienstgang an der Ecke der Ludwig- und Kurfürststraße von drei weißen und zwei farbigen französischen Soldaten überfallen, die ihm Mühe und Mangel entzogen und ihn durch Schläge schwer verletzten. Dieselben Soldaten haben in der gleichen Nacht, wie durch einwandfreie Zeugenaussagen festgestellt wurde, noch zwanzig weitere Personen in Godesberg ohne jede Veranlassung überfallen und geschlagen.

Am 20. Juli vormittags gegen halb 11 Uhr wurde die 13 Jahre alte R. B. aus Haus Broich auf dem Wege Weingarten-Haus Broich von einem eingeborenen französischen Soldaten überfallen und in den Wald geschleppt. Als das Kind zu weinen anfing, schlug der Schwarze das Mädchen mit der Faust ins Gesicht, so daß dieses gänzlich entstellte wurde, und verzwangte dann die Wehrlose.

Am 5. August gegen 10 Uhr abends wurde der Sportlehrer G. H. aus Aachen in der Heinrichsallee von 5-6 belgischen Soldaten angegriffen, und als er sich dies verbat, durch mehrere Schläge auf den Kopf und einen Messerstoß im linken Oberarm schwer verletzt.

Am 9. August hielten zwei belgische Soldaten vom ersten Lancierregiment in Hordach bei Aachen verschiedene aus Richtung Holland und Aachen kommende Autos mit blankgezogenem Seitengewehr an und nahmen den Insassen größere Summen Geldes ab, von deren Entrichtung die Soldaten es abhängig machten, daß die Autos weiterfahren dürften. Einem Chauffeur wurden zehn holländische Gulden, einem anderen 500 Mark abgenommen.

In der Nacht vom 19. zum 20. August wurde der Eisenbahner J. B. aus Rommelshaus bei Düren, als er an einem marokkanischen Posten auf dem Rade vorbeifuhr, von dem Posten angehalten, und als er dem Soldaten seinen Ausweis zeigen wollte, durch einen Bajonettschlag in den Bauch so schwer verletzt, daß er in der darauffolgenden Nacht starb.

## Kurze polit. Nachrichten.

**Nachnahmeverkehr.** In Wirtschaftskreisen wird es als äußerst hemmend empfunden, daß der Höchstbetrag für Nachnahmeleistungen und Postaufträge immer noch auf 5000 M. festgesetzt ist und in einer Vorlage, die sich gegenwärtig beim Reichsrat befindet, nur auf 10 000 M. erhöht werden soll. Infolge der großen Geldentwertung ist eine Erhöhung dieser Höchstbeträge auf mindestens 30 000 M. unbedingt erforderlich, da zahlreiche Gewerbezweige, insbesondere solche, die hochwertige Waren versenden, sich gegenwärtig der Nachnahme kaum noch bedienen können. Der Deutsche Industrie- und Handelsstag ist daher beim Reichsrat für eine Erhöhung der Höchstgrenze auf mindestens 30 000 M. eingetreten.

**Leber-, Hüfte- und Fell-Würfe auf der Frankfurter Herbstmesse.** Während der Frankfurter Herbstmesse vom 8. bis 14. Oktober findet am Dienstag, 10. Oktober, auf dem Messe-gelände eine Leber-, Hüfte- und Fellbörse statt. Zu dieser Börse sind alle Sparten der Hüfte- und Lederbranche zugelassen, und zwar Leder- und Hüftehandel, Lederfabrikation, Lederwarenfabrikation, Leder-Großhandel und Kleinhandel, Schuhfabrikation und Schuhgroßhandel.

## Gemeindepolit. Rundschau.

28. Städtetag in Kehl.

Man schreibt uns: Der badische Städtetag hielt am 11. September d. J. seinen 28. Städtetag in Kehl ab. Eingeleitet wurde er am Vortag durch ein von allen Kreisen und allen Parteien der Verordnungsstelle beschicktes Banquet. Bei diesem kam das Zusammengehörigkeitsgefühl zwischen der unter fremder Herrschaft stehenden Stadt und den übrigen badischen Städten zum lebhaftesten Ausdruck. Die Begrüßungsansprache des

im Kampfe stehen für wissenschaftliche Erkenntnis gegen Aberglauben, Kurpfuscherei und geistige Dummheit.

Dem größten Teil des Publikums wird das, was Dr. Kalbus gestern vortrug, in dieser wissenschaftlich klar formulierten Darstellung neu gewesen sein. Umso stärker das Interesse handelt es sich doch hier um ein Thema, an dessen Bedeutung niemand vorbeigehen kann, der sich überhaupt mit den Fragen der Psychologie beschäftigt, der überhaupt Wissenschaft genug besitzt, um hinter die Schleier zu blicken, die auch heute noch im wesentlichen all das umhüllen, was wir das Leben der Seele nennen. Der Wissenschaft von der Hypnose ist es beschieden, einen Teil dieser Schleier zu lüften; und mit taunendem Auge schaut der Zuhörer auf Vorgänge und Möglichkeiten, die ihm bisher fremd waren und fremd bleiben mußten, weil er im allgemeinen wohl nicht gewohnt ist, sich selbst und seine Mitmenschen psychologisch scharf und richtig zu beobachten. Ist schon der Mensch in physiologischer Hinsicht das Wunderbarste und Phantastischste, was es auf der Welt gibt, so ist er es noch mehr in seelischer Hinsicht. Das große Rätsel, wie dieses alles körperlich und seelisch funktioniert, was wir als tierisches oder menschliches Bewusstsein bezeichnen, werden wir wohl niemals lösen. Und auch Dr. Kalbus hat uns auch natürlich nicht erklären können, wie, d. h. auf welchem, durch meditative, chemische oder andere Vorgänge bedingten Wege sich das Wunder der Suggestion und Hypnose vollzieht. Aber umso mehr hat er uns von dem äußerst wahrnehmbaren dieser seelischen Prozesse erzählen können.

Interessant wurde er dabei durch die ganz vortrefflichen Filmaufnahmen, die in Berlin unter sachverständiger Leitung vor sich gegangen sind. Sie boten dem Publikum ein reiches und gleichzeitig überaus fesselndes Anschauungsmaterial, und man kann die Erfindung des Kinetographen nicht genug segnen, wenn man sie, wie hier, in den Dienst bedeutsamer Beleuchtung und Aufklärung gestellt sieht. Auf Einzelheiten des Vortrags möchte ich hier nicht eingehen, sondern stattdessen einem jeden den Besuch dieser Film-Vorträge empfehlen. Die Leitung der Badischen Lichtspiele im Konzerthaus hat sich jedenfalls damit, daß sie dem Karlsruher Publikum diesen Film-Vortrag vermittelte, ein großes Verdienst erworben.

Bürgermeisters Dr. Weis-Kehl, ebenso wie die warmen Worte des Vorsitzenden des badischen Städtebundes, Bürgermeister Dr. Gugelmeier-Vörrach, auf das deutsche Vaterland fanden begeisterten Wiederhall bei allen Teilnehmern.

Die Verhandlungen des Städtebundes selbst, wozu das Ministerium des Innern, das Arbeitsministerium und das Unterrichtsministerium Vertretungen entsandt hatten, boten des Interessanten genug. Im Mittelpunkt stand eine fast zweistündige Darlegung des Geschäftsführers des Reichstädtebundes, Herrn Dr. Haedel aus Berlin, welcher als Mitglied des Reichswirtschaftsrates über die Finanznot der Städte und die Maßnahmen zu ihrer Beseitigung sprach. In seinen Darlegungen kam ebenso wie in der lebhaften Diskussion die Befürchtung der Städte zum Ausdruck, daß die Finanzwirtschaft der Gemeinden sich einer Krise nähere, deren Überwindung nur durch raschere Erledigung der Finanzgeschäfte seitens des Reiches und des Landes und durch mögliche Wiederherstellung der Steuerhoheit der Gemeinden möglich wäre. Eine lebhaft Auseinandersetzung knüpfte sich auch an das Referat des Bürgermeisters Dr. Roth-Etlingen über den Wohnungsbau. Allgemein kam die Überzeugung zum Ausdruck, daß infolge der Entwertung des Geldwertes die Städte nicht mehr in der Lage seien, in nennenswertem Umfang Häuser zu erstellen, und daß auch die Wohnungsabgabe nicht über ein gewisses Maß hinaus gesteigert werden könne. Lebhaftige Vorwürfe richteten sich gegen das derzeitige System der Bewilligung von Baudarlehen und Prüfung der Baugesuche, wodurch die Bauten oft in einer Weise verzögert wurden, daß sie infolge der inzwischen eingetretenen Verteuerung wesentlich unrentabler würden. Man sprach von einem „Bankrott des Wohnungsbaues“ und betonte, daß das Reichs-Arbeitsministerium das System der Einmischung in alle Einzelheiten nicht mehr halten könne. Allgemeiner Wunsch der Versammlung war, daß die Wohnungsabgabe in jeder Stadt voll der betreffenden Stadt verbleibe, sofern sie eine Stadt mit Wohnungsnot sei; die Berechnung mit dem Staate sei umständlich und eine unnötige Erschwerung. Auch wurden von einer Anzahl Städte schärfere Klagen über die Wohnungsverbände erhoben und der alte Wunsch wieder erneuert, daß man den Städten auf Wunsch das Ausschneiden aus dem Wohnungsverband ermöglichen solle. Ministerialrat Dr. Imhoff gab auf die verschiedenen Anfragen und Anfragen aufklärende Mitteilungen und es wurde zum Schluß allseitig der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die aufgetauchten Schwierigkeiten wie früher in gutem Einvernehmen zwischen Regierung und Städten beseitigt werden könnten.

Im Anschluß an den Jahresbericht des Bürgermeisters Dr. Gugelmeier-Vörrach wurde von einer Anzahl Städte Klagen darüber geführt, daß die Strafbefugnis des Bürgermeisters immer noch auf eine, unter den heutigen Verhältnissen lächerliche Summe beschränkt sei und daß auch die Festsetzung der Geschäftsgebühren der Geldentwertung viel zu langsam nachhinkte; die Gemeinden hätten dadurch erhebliche Verluste. Es wurde deshalb der Antrag angenommen, der Regierung vorzuschlagen, den Städten das Recht der Gebührensatzung allgemein zu geben, wie dies in Preußen von jeher der Fall war. Nach Erledigung einer weiteren Anzahl von Traktanten wurde der Städtetag nach siebenstündiger Verhandlungsdauer geschlossen und für das nächste Jahr Weersburg als Tagungsort bestimmt.

Badischer Städteverband.

Der badische Städteverband hielt am 9. September d. J. im Rathaus zu Konstanz unter dem Vorsitz des stellvertretenden Vorsitzenden Herrn Oberbürgermeister Dr. Hinter, Karlsruhe, eine Vorstandssitzung ab.

Hauptgegenstand der Verhandlungen war die Lage der Gemeindefinanzen. Es bestand einmütig die Auffassung, daß die fortschreitende Verschlechterung der Lage neben der bevorstehenden Änderung des Landessteuergesetzes (Reichsgesetz) auch alsbaldige Reformen der Steuererhebung des Landes dringend erforderlich macht. Auf die schon früher mehrfach erhobene Forderung der Gemeinden, ein selbständiges Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer zu erhalten und im Rahmen der Reichs- und Landessteuergesetzgebung selbständige weitere Steuern zu erheben, können die Gemeinden nach wie vor nicht verzichten. Über die zur Beseitigung der Finanznot zu ergreifenden Maßnahmen fand eine eingehende Aussprache statt.

Der Entwurf einer allgemeinen Vollzugsverordnung zur badischen Gemeindeordnung gibt zu ernten Bedenken Veranlassung. Einzelne Bestimmungen des Entwurfs müßten nach Ansicht des Vorstandes dazu führen, die in der Gemeindeordnung verbürgten Selbstverwaltungsrechte der Gemeinden zu beeinträchtigen. Auch sonst werden Bedenken erhoben. Es sollen bestimmte Abänderungsanträge zu den einzelnen Punkten beim Ministerium gestellt werden.

## Musikalische Morgenfeier.

Die Donaueschinger Kammermusikfesten in diesem und im vorigen Jahre mit ihren weithin sich erstreckenden künstlerischen Auswirkungen haben die Blide der Musikwelt mit veritabler Interesse auf das badische Musikleben hin gelenkt. Das Donaueschingeren jungen, tat- und schaffensfreudigen Komponisten ohne Berücksichtigung ihrer völkischen Herkunft die Möglichkeit gegeben, ihre neuen Werke aufzuführen, so wird die Landeshauptstadt im Rahmen der Herbstwoche drei aufstrebenden badischen Komponisten den Platz einräumen, wo sie ebenfalls mit ihren neuen kammermusikalischen Schöpfungen zum Worte kommen. Es geschieht dies in der am Sonntag, den 17. September, vormittags 11 Uhr, im badischen Landestheater stattfindenden „Morgenfeier“. Sämtliche zur Aufführung kommenden Werke erklingen zum ersten Mal in Karlsruhe. Eröffnet wird diese musikalische Feier mit einem Streichquartett von Arthur Kauter. Der junge Künstler, dessen Oper „Casanova“ in diesen Tagen über die Bühne des Landestheaters geht, ist eine jener begabtesten Musikernaturen, die die ihnen reich zurfließenden musikalischen Gedanken, mit leicht schaffender Hand zu reizvollen Kunstgebilden formen. Auf das Quartett folgt ein Zyklus „Lieber an ein Mädchen“ für Tenor und Klavier von Margarethe Schweikert. Der Künstlerin ureigenes Feld ist das Klavierlied, auf dem sie schon reife und reiche Früchte geerntet hat. Die Art, wie sie den Textunterlagen nachgeht und ihren Wesens Kern durch eine Singlinie in inniger Verbindung mit dem Klavier ausdeutet, gibt ihr eine markante Stellung unter den Komponistinnen. Ein Streichquartett von K. Kauter beschließt das, zu einer künstlerischen Einheit gestaltete Programm. Hohe Schaffensziele kennzeichnen diesen von tiefem künstlerischen Ernst erfüllten Tonseker, der in dem badischen Städtischen Orchester geboren, bereits eine Anzahl Werke auf dem Gebiete weltlicher und kirchlicher Musik hervorgebracht hat. Sein, in der badischen Woche des Jahres 1920, aufgeführtes Tonwerk „Intrositus“ und Symphonie für Orchester und 8 Solostimmen, ist allen, die es angehört, in Erinnerung geblieben. Unser lyrischer Tenor vom Landestheater, Kauter, singt den Lieberquell. Der Klavierpart wird von der Komponistin selbst ausgeführt.

Weiterhin beschäftigte sich der Vorstand mit dem Regierungsentwurf des Volksgesetzes, der zurzeit dem Landtag vorliegt. Neben anderen Bedenken können sich die Städte mit der beabsichtigten Kostenverteilung, wonach die Städte mit Staatspolizei von dem Aufwand der Polizeibeamten 8/10 zu erheben haben, in keiner Weise einverstanden erklären. Bezüglich der Art der Verteilung des Aufkommens aus der Wohnabgabe für Baudarlehen müssen die Städte verlangen, daß sie künftighin entsprechend ihrem Mehraufkommen auch größere Berücksichtigung bei der Verteilung der Mittel finden und daß das Land auch für das laufende Jahr höhere Mittel, als bisher beabsichtigt war, zur Verfügung stellt.

Der von der Vereinigung badischer Oberlehrer und Direktoren beim Unterrichtsministerium gestellte Antrag, daß in den Städten unmittelbar dem Unterrichtsministerium unterstellte Stadtschulämter errichtet werden, wird unterzogen. Das Schulgeld an den höheren Lehranstalten entspricht nicht mehr der heutigen Geldwertigkeit. Das Schulgeld müßte der Steigerung der Löhnen jeweils angepaßt werden.

Neben vielen anderen Fragen, die noch Gegenstand der Aussprache waren, wurde schließlich die derzeitige Ernährungslage eingehend besprochen. Der Vorstand empfiehlt den Städten, die Finanzierung der Beschaffung von Kartoffeln und anderen wichtigen Lebensmitteln zu erleichtern. Er setzt dabei aber voraus, daß auch der Staat sich an der Erfüllung dieser Aufgabe nachdrücklich beteiligt.

### Staatsanzeiger.

**Bekanntmachung.**  
Abgehung von durch deutsche Truppen auf ihrem Rückmarsch nach Abschluß des Waffenstillstandes verursachten Schäden.  
Für die Anmeldung der Sachschäden, welche innerhalb des Reichsgebiets in der Zeit vom 11. November bis 13. Dezember 1918 durch deutsche Truppen auf dem Rückmarsch oder durch Ententeuppen auf ihrem Vormarsch unmittelbar verursacht sind und nach den getroffenen Bestimmungen entschädigt werden können, wird eine Ausschlußfrist von 1 Monat festgesetzt. Die Frist beginnt mit dem Tage der Ausgabe des Staatsanzeigers (Karlsruher Zeitung), durch den diese Verfügung bekannt gemacht wird.

Karlsruhe, den 11. September 1922  
Ministerium des Innern,  
Der Ministerialdirektor:  
J. A.: Dr. A. Jung. Müller.

**Kraftpostwesen.**  
Der Kraftpostbetrieb auf der Strecke Neilingen (Amt Schwetzingen)-Hodenheim (Baden) ist wieder aufgenommen. Die Kraftposten zwischen St. Leon-Neilingen und Bahnhof Neulingen verkehren daher nicht mehr.

### Personeller Teil.

**Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten.**

**Aus dem Bereich des Staatsministeriums.**

— Ministerialabteilung für Präsidialsachen, Reichs- und auswärtige Angelegenheiten. —

**übertragen:**

dem Verwaltungsobersekretär Karl Schreiber die planmäßige Stelle eines Verwaltungsobersekretärs bei dem Staatsministerium, Ministerialabteilung für Präsidialsachen, Reichs- und auswärtige Angelegenheiten.

**Ministerium des Innern.**

**Ernannt:**

die Verwaltungsobersekretäre August Fröh und Heinrich Zahn beim Ministerium des Innern zu Ministerialregistratoren.

**Planmäßig angestellt:**

die Verwaltungsakquiere Otto Bachmann beim Bezirksamt Pforzheim, Gustav Meyerle zurzeit bei der Wasser- und Straßenbaudirektion in Karlsruhe, Arnold Nist beim Landeskommissar in Karlsruhe, Karl Schreiber zurzeit beim Staatsministerium, Karl Gartner beim Bezirksamt Karlsruhe, Otto Niffel beim Bezirksamt Heidelberg, Adolf Gehring beim Bezirksamt Emmendingen, Oskar Sernatinger beim Bezirksamt Willingen, August Weis beim Bezirksamt Mannheim als Verwaltungsobersekretäre; die Kanzleihilfen b. Bezirksämtern Josef Fieger in Mannheim, Fridor Wette in Wertheim, Karl Meier in Pfullendorf, Karl Nagel in Sinsheim, Hugo Weber in Mannheim, Friedrich Karlin in Wolfach, Otto Heßke in Schönon, Ernst Wiedel in Bretten, Karl Sulzer in Staufen, Julius Binger, Nikolaus Kamberg und Karl Rupp in Mannheim, Fröh Weigel in Müllheim, Adolf Weber in Engen, Thomas Emmerl in Emmendingen, Wilhelm Stellbrink in Zaubersbüschhofheim, Johann Wittbitt in Baden, August Schneider in Ettlingen und Wilhelm Gutmaier in Pforzheim als Kanzleihilfen.

die Kanzleihilfen Johann Gähmann, zurzeit beim polizeilichen Arbeitshaus Rislau, und Karl Schwer, zurzeit bei der Seil- und Pflanzerei in Altenau, als Kanzleihilfen.

**Zurückgesetzt:**

Rechnungsdirektor Hermann Guggel beim Ministerium des Innern.

### Justizministerium.

**Ernannt:**

die Justizobersekretäre Franz Schmitt und Herbert Engler beim Justizministerium zu Justizinspektoren; die Aufseher Meimund Böhm und Josef Eid beim Landesgefängnis Freiburg, Magnus Schuler, Heinrich Greß und Adam Badtisch beim Amtsgefängnis Mannheim, August Gräbner, Georg Sparr und Josef Tischer bei der Landesstrafanstalt Bruchsal, Theodor Thoma, Ludwig Kempf, Michael Stengel und Karl Reilbach beim Zuchthaus Bruchsal, Hermann Käfer beim Landesgefängnis Mannheim, Ernst Hintermayer, August Arny und Friedrich Jonik bei der Fürfürgeziehungsanstalt Flehingen, die Aufseher bei den Amtsgefängnissen: Josef Freithaupt in Schönon, Josef Rapp in Engen, Franz Keller in Wolfach, Anton Giller in Wertheim, Adolf Gahner in Eppingen, Anton Rosenfelder in Staufen, Johann Fröhner in Weinheim, Wilhelm Jörgen in Trüben, David Schmidt in Forzheim, Adolf Ernst in Heidelberg, Karl Schweizer in Neustadt, Otto Wegmann in Sinsheim, Karl Zimmer in Eberbach, Fridolin Langenbach in St. Blasien und Friedrich Schott in Bretten zu Oberaufsehern, die Aufseherinnen Marie Graf, Antonie Suhn und Anna Antenrieth bei der Landesstrafanstalt Bruchsal zu Oberaufseherinnen.

**Ministerium des Kultus und Unterrichts.**

**Ernannt:**

Außerordentlicher Professor an der Universität Heidelberg Dr. Sally Altman zum ordentlichen Honorarprofessor an dieser Universität, Verwaltungsdirektor Christian Kammerer zum Verwaltungsobersekretär beim akademischen Krankenhaus in Heidelberg, Privatdozent Dr. Hans Pecher an der Universität München mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. zum planmäßigen außerordentlichen Professor für Chemie an der Universität Freiburg, Kaufmännischelehrer Friedrich Pfeiferle an der Kaufmännischenanstalt in Weersburg zum Kaufmännischenlehrer an jener in Gerlachsheim.

Schulinspektor Friedrich Kamm beim Kreisfiskusamt Karlsruhe zum Turninspektor an der Lehrerbildungsanstalt Karlsruhe.

**Versezt:**

Kaufmännischelehrer Wilhelm Weigel an der Kaufmännischenanstalt in Gerlachsheim an jene in Weersburg.

**Zurückgesetzt:**

Studientrat Professor Karl Reichert am Friedrichsgymnasium in Freiburg auf Ansuchen.

**Ministerium der Finanzen.**

**Entlassen auf Ansuchen:**

Finanzsekretär Karl Mann bei der Landeshauptkasse.

# Confektionshaus Hirschen

95 Kaiserstraße 95 KARLSRUHE Ecke Kronenstraße

## Erstkl. Spezialgeschäft eleganter Herren- und Knabenkleidung

Spezial-Abteilung: Herren-Artikel

Eröffnung: Samstag, den 16. September

Eröffnung: Samstag, den 16. September

**Badisches Landestheater.**  
Freitag, 15. Sept. 7-9 1/2 Uhr. 110 Mk.  
Abonnement G 1

**Orpheus und Eurydike.**

**Badisches Landestheater.**  
Samstag, 16. Sept. 6 1/2 u. n. 10 Uhr. 70 Mk.  
Abonnement E 1

**Julius Cäsar.**

**Spielplan vom 17.—26. September.**  
**Im Landestheater.** So. 17. Vorm. 11 1/2. Zur Eröffnung. **Morgenfeier.** (Kammermusik badischer Komponisten.) (40.00.) Abends 6 1/2. I. Abend. Neu einstudiert. **Othello.** 6 1/2. (200.00.) — Die. 19.\* Abonn. D 2. III. Abend. Neu einstudiert. **Simson.** Musikal. Leitung: Der Komponist, Musikdirektor Franz Philipp von Freiburg i. B. 6 1/2. (110.00.) — Mi. 20. IV. Abend. **Die Zaubervögel.** Tamino: Fritz Krauß von der Staatsoper in München. 6 1/2. (180.00.) — Do. 21.\* V. Abend. Abonn. B 2. Zum ersten Male. **Michael Kramer.** Drama in 4 Akten von Gerhart Hauptmann. 7. (110.00.) — Fr. 22.\* VI. Abend. Uraufführung in der neuen Fassung. **Casanova.** Oper in 3 Aufzügen von Anton Rudolph. Musik von Arthur Kusterer. 7. (180.00.) — Sa. 23.\* Abonn. G 2. VII. Abend. **Julius Cäsar.** 6 1/2. (110.00.) — So. 24. Vorm. 11. **Morgenfeier** zum „Pfälzisch-alemannischen Sonntag“. Die Schafschur. Pfälzisches Idyll von Maler Müller. Musik von Max Sinzheimer. Anschließend **Original-Volkstänze**, ausgeführt von den „Hambacher Tänzern“. (40.00.) Abends 5. VIII. Abend. **Tristan und Isolde.** (200.00.) — Mo. 25. Volksbühne. N 8. **Die Weber.** 7. (90.00.) — Die. 26.\* Abonn. A 2. **König Richard II.** 6 1/2. (90.00.)  
**In der Festhalle.** Mo. 18. II. Abend. IX. **Sinfonie** von Beethoven. 8. (150.00, 120.00, 100.00, 60.00, 30.00.)  
**Im Konzerthaus.** So. 17.\* **Im weißen Rössl.** 7. (80.00.) — So. 24.\* **Liselott von der Pfalz.** 7. (80.00.) Vorrecht für Umtausch der Vorzugskarten und Verkaufrecht der Abonnenten und Inhaber von Vorzugskarten am Samstag, den 16., nachm. 1/4—5 Uhr, allgemeiner Verkauf und weiterer Umtausch von Montag, den 18. an. A.547

**Bekanntmachung.**  
Die Rassenkarten unserer sämtlichen Rassen sind vom 18. September ds. J. ab auf die Zeit von morgens 9—1 Uhr

festgelegt.  
Karlsruhe, den 1. September 1922. A.551.22  
Städtisches Rassenamt.

**Besteck, Taschenmesser, Scheren, Rasiermesser und Rasier-Apparate, sowie komplette Rasier-Garnituren, Geschenk-Artikel usw. empfiehlt in großer Auswahl Karl Hummel, 13 Werderstraße 13, Rasiermesserhohlschleiferei. A.565**

**Sportartikel**  
preiswert und gut  
**Sporthaus Brannath**  
Karlsruhe Durlacher Tor

§.2.2.1 Baden. In Sachen Dr. Kaplan-Numerst, früher in Baden-Baden, zurzeit unbekannt Aufenthalt, gegen Frau Marie Böhrs in Baden-Baden, Leopoldstraße, wegen Forderung wird der Kläger vor das Amtsgericht Baden-Baden, Zimmer 17, zur Fortsetzung der mündlichen Verhandlung auf: Freitag, den 3. November 1922, vorm. 9 1/2 Uhr, geladen.  
Baden, 9. Sept. 1922.  
Der Gerichtsschreiber des Bad. Amtsgerichts.

§.18. Bretten. Im Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Max Fischer in Bretten ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung

stems im Aufgebotstermine dem Gericht Anzeige zu machen.  
Oberkirch, 8. Sept. 1922.  
Bad. Amtsgericht.

**Abbruch.** D.1000  
Das freistehende Wätereckamin der ehemaligen Militärkaserne im Anwesen Kriegsstraße 200/202 soll auf Abbruch verkauft werden. Ein Teil des Schuttes kann durch Auffüllung eines Schwaches an Ort und Stelle untergebracht werden. Angebote sind bis zum 20. September an die unterzeichnete Stelle einzureichen. Zuschlag innerhalb 3 Tagen.  
Karlsruhe, 11. Sept. 1922.  
Bezirksbauamt.

**Papierholzerwerb des Forstamtes Waldkirch i. B.** freihändig. 186 Stier meist fichtenes, entriindet. Angebote bis 25. September. Losverzeichnis vom Forstamt. P.16

**Nadelholzverkauf.**  
Das staatliche Forstamt Freiburg verkauft freihändig aus dem Hutbezirk des Förstlers Albrecht in Wildthal ab Lager am Schönbachweg (153 Hfm.), im Nautenbach (80 Hfm.) u. im Michelbach (124 Hfm.) und 56 Bauftangen) und erbittet schriftliche Angebote in Prozenten der neuen L. G. bis Samstag, den 23. September, vormittags 11 Uhr. Auskunft und Losverzeichnis durch das Forstamt und den Förster Albrecht in Wildthal. P.15

**Tannenstammholzverkauf** des Forstamtes Sulzburg. Es werden aus den Staatswaldungen freihändig in einem Lose 126 Festm. Stammholz verkauft, hie-

von die Hälfte I. und II. M. Stämme u. Abfchnitte. Näheres durch das Forstamt. Angebote in Prozenten der Landesgrundanschläge erbeten bis spätestens Freitag, den 22. September. P.1

**Gemeinamer Binnentarif der deutschen Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft (Bad. Nebenbahnen).**  
P. 79. (A.599)  
Mit Wirkung vom 25. September d. J. werden die Gebühren für die Umladung von Gütern in Rosbach für Gil- und Frachtkügel sowohl, wie für Ladungsgüter auf 200 Pfg. für je 100 Kg. erhöht. Das alsbaldige Inkrafttreten der Erhöhung gründen sich auf die vorübergehende Änderung der Eisenbahnverkehrsordnung (R.G.B. 1914 S. 455).  
Berlin, 12. Sept. 1922.  
Deutsche Eisenbahn-Betriebs-Gesellschaft Aktiengesellschaft.

**Tarifserhöhung.**  
Außer der untern 28. August 1922 zum 1. Oktober 1922 angekündigten Tarifserhöhung im Personenverkehr um etwa 50 v. H. tritt bei unseren Nebenbahnen Albtalbahn, Bruchsal-Gilsbach-Neuzingen, Bühlerthalbahn, Neckarhochbahn, Neckar-Wein- und Wiesloch-Weidenheim-Waldangelloch auf den gleichen Zeitpunkt eine weitere Tarifserhöhung im Personenverkehr um 50 v. H. in Kraft.  
Karlsruhe, 14. Sept. 1922.  
Bad. Lokal-Eisenbahnen A.600 A. G.

terhalle VI im Mannheimer Hauptgüterbahnhof soll öffentlich vergeben werden. Bedingnisheft und Pläne liegen auf unserem Dienstzimmer Nr. 16, Tunnelstraße 5, zur Einsicht offen, wo auch Angebotsbordeure erhältlich. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Zufahrt zur Landgüterhalle VI“ versehen bis 20. September d. J., vormittags 11 Uhr, bei uns einreichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. D.980.2.  
Mannheim, 10. Sept. 1922.  
Bahnbaupektion I.

Der Bau einer 40 m langen Rampe zwischen der neuen Landgüterhalle VI und der Eisenbahngüterhalle im Mannheimer Hauptgüterbahnhof soll öffentlich vergeben werden. Bedingnisheft und Pläne liegen auf unserem Dienstzimmer Nr. 16, Tunnelstraße 5, zur Einsicht offen, wo auch Angebotsbordeure erhältlich. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Rampe im Hauptgüterbahnhof“ versehen bis 20. September, vormittags 10 Uhr, bei uns einreichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. D.979.2.  
Mannheim, 11. Sept. 1922.  
Bahnbaupektion I.

**Badisch-Bayerischer Personentarif.**  
Mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1922 erscheint Nachtrag VI, enthaltend Änderungen der Bestimmungen und die Erhöhung der Personentarifpreise.  
Karlsruhe, 13. Sept. 1922.  
Reichsbahndirektion.

terhalle VI im Mannheimer Hauptgüterbahnhof soll öffentlich vergeben werden. Bedingnisheft und Pläne liegen auf unserem Dienstzimmer Nr. 16, Tunnelstraße 5, zur Einsicht offen, wo auch Angebotsbordeure erhältlich. Kein Versand nach auswärts. Angebote verschlossen, postfrei und mit der Aufschrift „Zufahrt zur Landgüterhalle VI“ versehen bis 20. September d. J., vormittags 11 Uhr, bei uns einreichen. Zuschlagsfrist 14 Tage. D.980.2.  
Mannheim, 10. Sept. 1922.  
Bahnbaupektion I.